

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

A. Zielsetzung

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten und der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und der Gemeinden an die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

B. Lösung

Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 werden die Bezüge linear um sechs v. H. erhöht. Ferner wird eine einmalige Zahlung bis zum Betrage von 100 DM gewährt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Jahr 1975 Mehrkosten von rd. 1 026,22 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (1/3) — 225 00 — Bu 76/75

Bonn, den 9. Mai 1975

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz) mit 10 Anlagen, Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 418. Sitzung am 11. April 1975 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Schmidt

Entwurf eines Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

An die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1281), zuletzt geändert durch das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3716), treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Im Geltungsbereich des § 49 des Bundesbesoldungsgesetzes werden die nachfolgenden Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um sechs vom Hundert erhöht:

1. in den Besoldungsgruppen 8 und höher der Besoldungsordnungen B,
2. in den Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen für Hochschullehrer (einschließlich der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse),
3. in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Soweit die bisherigen Sätze mit Beträgen in Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnungen A und B übereinstimmen, gelten die Sätze nach Anlage 1 dieses Gesetzes. Im übrigen werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen mit Festgehältern mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundge-

haltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Die Gehaltssätze einschließlich der ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Dritten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 1557) werden um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(2) § 2 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 4

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach landesrechtlichen Regelungen im Sinne des § 2 oder § 3 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 oder § 3 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,8 v. H. erhöht.

§ 5

(1) An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(2) Absatz 1 gilt für die Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des in § 3 Abs. 1 genannten Gesetzes entsprechend.

(3) In § 12 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes werden die Worte „zweihundertneunundneunzig“ und „zweihundertachtundsiebzig“ ersetzt durch die Worte „dreihundertsiebzehn“ und „zweihundertfünfundneunzig“.

§ 6

An die Stelle der Sätze der Auslandszulage in der Anlage III des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 3 dieses Gesetzes.

§ 7

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 4 dieses Gesetzes.

§ 8

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 1975 (Bundesgesetzbl. I S. . . .) wird für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf . . . vom Hundert und für das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3716) auf . . . vom Hundert festgestellt.

Artikel II

Einmalige Zahlung

§ 1

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1975 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen (§§ 1, 49 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis 30. April 1975 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 7 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis gestanden und
2. für mindestens einen Tag im Monat April 1975 Dienstbezüge erhalten

haben.

(2) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 gelten auch als erfüllt, wenn ein am 1. April 1975 vorhandener Empfänger von Dienstbezügen vor dem 1. Mai 1975 aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde ausscheidet. Satz 1 gilt entsprechend, wenn eine Berechtigte wegen Schwangerschaft oder Niederkunft ausscheidet.

(3) Die Anwendung des Absatzes 1 Nr. 2 wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein Berechtigter für den Monat April 1975 deshalb keinen Anspruch auf Dienstbezüge hatte, weil er zur Ableistung des Wehrdienstes oder des Zivildienstes einberufen oder als Sanitätsoffizieranwärter ohne Geld- und Sachbezüge beurlaubt worden war.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 2

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen einhundert Deutsche Mark.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Dienstbezüge zu den vollen Dienstbezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so findet § 2 Absatz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. April 1975.

§ 3

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1975 vorhandenen

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (Artikel I § 4 Abs. 1 bis 4) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von einhundert Deutsche Mark ergibt,
2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Artikels I § 4 Abs. 5 in Höhe von sechzig Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von sechsunddreißig Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von zwölf Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von sieben Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat April 1975 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrunde liegen.

§ 4

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen geht der Anspruch aus dem zuletzt begründeten Dienstverhältnis vor. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 158 Abs. 5 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

Artikel III

Anderung des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1273), geändert durch das Dritte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1557), treten die Sätze der Anlage 5 dieses Gesetzes.

Artikel IV

Anderung des 2. BesVNG

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 1975 (Bundesgesetzbl. I S.) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel I § 39 Abs. 2 werden die Zahlen „311“ und „290“ ersetzt durch die Zahlen „330“ und „308“,
2. in Artikel I § 65 Abs. 2 wird das Wort „zweiundfünfzig“ ersetzt durch das Wort „dreiundsechzig“,
3. in Artikel I Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 1 werden in Absatz 1 die Zahl „1 226“ durch die Zahl „1 300“ und in Absatz 2 die Zahl „613“ durch die Zahl „650“ ersetzt,
4. in Artikel I Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 2 werden in Absatz 1 die Zahlen „2 082“ und „1 714“ durch die Zahlen „2 207“ und „1 817“ sowie in Absatz 2 die Zahl „1 041“ durch die Zahl „1 103“ ersetzt,
5. an die Stelle der Grundgehaltssätze in Artikel I Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 6 dieses Gesetzes,
6. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in Artikel I Anlage V treten die Sätze in der Anlage 7 dieses Gesetzes,
7. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in Artikel I Anlagen VI a bis VI e und des Auslandskinderschulzuschlages in Artikel I Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 8 a bis 8 f dieses Gesetzes,
8. an die Stelle der Sätze der Zulage in Artikel I Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 9 dieses Gesetzes,
9. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratenzuschlages in Artikel I Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 10 dieses Gesetzes,
10. in Artikel IX § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „613“ und „1 226“ durch die Zahlen „650“ und „1 300“ ersetzt.

Artikel V

Schlußvorschriften

§ 1

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten Artikel I § 8 und Artikel IV am 1. Juli 1975 in Kraft.

Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe							
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	II	670,03	694,27	718,51	742,75	766,99	791,23	815,47	839,71
2		713,31	737,55	761,79	786,03	810,27	834,51	858,75	882,99
3		768,58	794,18	819,78	845,38	870,98	896,58	922,18	947,78
4		800,01	829,62	859,23	888,84	918,45	948,06	977,67	1 007,28
5		830,26	864,01	897,76	931,51	965,26	999,01	1 032,76	1 066,51
6		882,65	917,64	952,63	987,62	1 022,61	1 057,60	1 092,59	1 127,58
7		958,60	993,59	1 028,58	1 063,57	1 098,56	1 133,55	1 168,54	1 203,53
8		1 006,85	1 049,97	1 093,09	1 136,21	1 179,33	1 222,45	1 265,57	1 308,69
9	I c	1 133,58	1 178,07	1 222,56	1 267,05	1 312,36	1 361,74	1 411,12	1 460,50
10		1 244,15	1 305,48	1 366,81	1 428,14	1 489,47	1 550,80	1 612,13	1 673,46
11		1 449,51	1 512,35	1 575,19	1 638,03	1 700,87	1 763,71	1 826,55	1 889,39
12		1 578,67	1 653,60	1 728,53	1 803,46	1 878,39	1 953,32	2 028,25	2 103,18
13	I b	1 788,90	1 869,79	1 950,68	2 031,57	2 112,46	2 193,35	2 274,24	2 355,13
14		1 841,21	1 946,10	2 050,99	2 155,88	2 260,77	2 365,66	2 470,55	2 575,44
15		2 076,19	2 191,4	2 306,79	2 422,09	2 537,39	2 652,69	2 767,99	2 883,29
16		2 307,74	2 441,08	2 574,42	2 707,76	2 841,10	2 974,44	3 107,78	3 241,12

Besoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	DM
1	I b	3 690,39
2		4 376,86
3	I a	4 579,19
4		4 883,56
5		5 232,75
6		5 562,49
7		5 883,24
8		6 217,58
9		6 632,70
10		7 921,77
11		8 648,75

							Dienstalterszulage
9	10	11	12	13	14	15	
863,95							24,24
907,23	931,47						24,24
973,38	998,98						25,60
1 036,89	1 066,50						29,61
1 100,26	1 134,01						33,75
1 162,57	1 197,56	1 232,55					34,99
1 238,52	1 273,51	1 308,50	1 344,78	1 383,61			34,99/36,28/38,83
1 354,03	1 401,88	1 449,73	1 497,58	1 545,43			43,12/45,34/47,85
1 509,88	1 559,26	1 608,64	1 658,02	1 707,40			44,49/45,31/49,38
1 734,79	1 796,12	1 857,45	1 918,78	1 980,11			61,33
1 952,23	2 015,07	2 077,91	2 140,75	2 203,59	2 266,43		62,84
2 178,11	2 253,04	2 327,97	2 402,90	2 477,83	2 552,76		74,93
2 436,02	2 516,91	2 597,80	2 678,69	2 759,58	2 840,47		80,89
2 680,33	2 785,22	2 890,11	2 995,00	3 099,89	3 204,78		104,89
2 998,59	3 113,89	3 229,19	3 344,49	3 459,79	3 575,09	3 690,39	115,30
3 374,46	3 507,80	3 641,14	3 774,48	3 907,82	4 041,16	4 174,50	133,34

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder
I a	B 3 bis B 11	564,19	670,66	747,66	821,25
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16	475,94	581,24	658,24	731,83
I c	A 9 bis A 12	422,99	513,59	590,59	664,18
II	A 1 bis A 8	394,16	486,53	563,53	637,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 80,60 DM.

Anlage 2

Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
855,39	920,10	984,81	1 065,41
765,97	830,68	895,39	975,99
698,32	763,03	827,74	908,34
671,26	735,97	800,68	881,28

Anlage 3

Auslandszulage (§ 25)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Zone									
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
A 1 bis A 4	695	755	825	960	1 030	1 090	1 225	1 360	1 490	1 630
A 5 / A 6	745	825	900	1 040	1 115	1 190	1 325	1 465	1 605	1 735
A 7 / A 8	815	885	970	1 120	1 200	1 280	1 435	1 570	1 705	1 840
A 9	880	965	1 055	1 210	1 290	1 380	1 535	1 690	1 820	1 955
A 10	960	1 055	1 145	1 305	1 400	1 485	1 665	1 820	1 955	2 090
A 11	1 040	1 140	1 235	1 405	1 505	1 605	1 790	1 955	2 090	2 220
A 12	1 125	1 225	1 335	1 505	1 610	1 715	1 915	2 090	2 220	2 355
A 13	1 200	1 315	1 435	1 605	1 715	1 830	2 040	2 220	2 355	2 485
A 14	1 280	1 400	1 515	1 705	1 820	1 945	2 175	2 355	2 485	2 615
A 15	1 355	1 480	1 610	1 800	1 925	2 055	2 290	2 485	2 615	2 750
A 16 bis B 4	1 430	1 560	1 690	1 885	2 015	2 155	2 400	2 595	2 725	2 850
B 5 bis B 7	1 500	1 640	1 780	1 985	2 115	2 260	2 520	2 725	2 850	2 985
B 8 und höher	1 585	1 725	1 870	2 080	2 225	2 370	2 645	2 850	2 985	3 120

Anlage 4

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen
Republik**

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amts- bereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
	Monatsbeträge in DM	
A 1	685	615
A 2	695	615
A 3	705	625
A 4	730	635
A 5	830	715
A 6	845	730
A 7	935	810
A 8	960	820
A 9	1 085	915
A 10	1 225	1 030
A 11	1 375	1 145
A 12	1 570	1 290
A 13	1 650	1 360
A 14	1 785	1 475
A 15	2 005	1 640
A 16	2 200	1 770
B 3	2 270	1 770
B 6	2 560	1 965
B 9 und höher	2 880	2 155

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 30 a Abs. 1 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Zulage nach Artikel IV des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

Besoldungsgruppe	Monatsbeträge in DM
A 1	340
A 2	340
A 3	365
A 4	385
A 5	415
A 6	435
A 7	445
A 8	470
A 9	530
A 10	590
A 11	645
A 12	715
A 13	800
A 14	835
A 15	975
A 16	1 120
B 3	1 350
B 6	1 590

Anlage 6

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe							
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	II	670,03	694,27	718,51	742,75	766,99	791,23	815,47	839,71
2		713,31	737,55	761,79	786,03	810,27	834,51	858,75	882,99
3		768,58	794,18	819,78	845,38	870,98	896,58	922,18	947,78
4		800,01	829,62	859,23	888,84	918,45	948,06	977,67	1 007,28
5		830,26	864,01	897,76	931,51	965,26	999,01	1 032,76	1 066,51
6		882,65	917,64	952,63	987,62	1 022,61	1 057,60	1 092,59	1 127,58
7		958,60	993,59	1 028,58	1 063,57	1 098,56	1 133,55	1 168,54	1 203,53
8		1 006,85	1 049,97	1 093,09	1 136,21	1 179,33	1 222,45	1 265,57	1 308,69
9	I c	1 133,58	1 178,07	1 222,56	1 267,05	1 312,36	1 361,74	1 411,12	1 460,50
10		1 244,15	1 305,48	1 366,81	1 428,14	1 489,47	1 550,80	1 612,13	1 673,46
11		1 449,51	1 512,35	1 575,19	1 638,03	1 700,87	1 763,71	1 826,55	1 889,39
12		1 578,67	1 653,60	1 728,53	1 803,46	1 878,39	1 953,32	2 028,25	2 103,18
13	I b	1 788,90	1 869,79	1 950,68	2 031,57	2 112,46	2 193,35	2 274,24	2 355,13
14		1 841,21	1 946,10	2 050,99	2 155,88	2 260,77	2 365,66	2 470,55	2 575,44
15		2 076,19	2 191,49	2 306,79	2 422,09	2 537,39	2 652,69	2 767,99	2 883,29
16		2 307,74	2 441,08	2 574,42	2 707,76	2 841,10	2 974,44	3 107,78	3 241,12

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	DM
1	I b	3 690,39
2		4 376,86
3	I a	4 579,19
4		4 883,56
5		5 232,75
6		5 562,49
7		5 883,24
8		6 217,58
9		6 632,70
10		7 921,77
11		8 648,75

9	10	11	12	13	14	15	Dienstalterszulage
863,95							24,24
907,23	931,47						24,24
973,38	998,98						25,60
1 036,89	1 066,50						29,61
1 100,26	1 134,01						33,75
1 162,57	1 197,56	1 232,55					34,99
1 238,52	1 273,51	1 308,50	1 344,78	1 383,61			34,99/36,28/38,83
1 354,03	1 401,88	1 449,73	1 497,56	1 545,43			43,12/45,34/47,85
1 509,88	1 559,26	1 608,64	1 658,02	1 707,40			44,49/45,31/49,38
1 734,79	1 796,12	1 857,45	1 918,78	1 980,11			61,33
1 952,23	2 015,07	2 077,91	2 140,75	2 203,39	2 266,43		62,84
2 178,11	2 253,04	2 327,97	2 402,90	2 477,83	2 552,76		74,93
2 436,02	2 516,91	2 597,80	2 678,69	2 759,58	2 840,47		80,89
2 680,33	2 785,22	2 890,11	2 995,00	3 099,89	3 204,78		104,89
2 998,59	3 113,89	3 229,19	3 344,49	3 459,79	3 575,09	3 690,39	115,30
3 374,46	3 507,80	3 641,14	3 774,48	3 907,82	4 041,16	4 174,50	133,34

Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse							
C 1	I b	Stufe 1 2 365,66					Stufe 2	
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	1 839,73	1 971,92	2 104,11	2 236,30	2 368,49	2 500,68	2 632,87
C 3		2 079,26	2 228,92	2 378,58	2 528,24	2 677,90	2 827,56	2 977,22
C 4	I a	2 693,06	2 843,50	2 993,94	3 144,38	3 294,82	3 445,26	3 595,70

Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Stufe	1	2	3	4	5	6
		Lebens- alter	31	33	35	37	39	41
R 1	I b		2 317,94	2 482,66	2 647,38	2 812,10	2 976,82	3 141,54
R 2			2 712,10	2 876,82	3 041,54	3 206,26	3 370,98	3 535,70

R 3	I a	4 579,19
R 4		4 883,56
R 5		5 232,75
R 6		5 562,49
R 7		5 883,24
R 8		6 217,58
R 9		6 632,70
R 10		8 289,25

2 470,55		Stufe 3						2 575,44	
Dienstaltersstufe								Dienstalters- zulage	
8	9	10	11	12	13	14	15		
2 765,06	2 897,25	3 029,44	3 161,63	3 293,82	3 426,01	3 558,20	3 690,39	132,19	
3 126,88	3 276,54	3 426,20	3 575,86	3 725,52	3 875,18	4 024,84	4 174,50	149,66	
3 746,14	3 896,58	4 047,02	4 197,46	4 347,90	4 498,34	4 648,78	4 799,22	150,44	

7	8	9	10	Lebensalters- zulage
43	45	47	49	
3 306,26	3 470,98	3 635,70	3 800,42	164,72
3 700,42	3 865,14	4 029,86	4 194,58	164,72

Anlage 7

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	564,19	670,66	747,66	821,25
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	475,94	581,24	658,24	731,83
I c	A 9 bis A 12	422,99	513,59	590,59	664,18
II	A 1 bis A 8	394,16	486,53	563,53	637,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 80,60 DM.

Anlage 8 a

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	639	767	895	1 023	1 151	1 279	1 407	1 535	1 663	1 791	1 919	2 047
A 5 bis A 6	733	869	1 005	1 141	1 277	1 413	1 549	1 685	1 821	1 957	2 093	2 229
A 7 bis A 8	830	979	1 128	1 277	1 426	1 575	1 724	1 873	2 022	2 171	2 320	2 469
A 9	980	1 140	1 300	1 460	1 620	1 780	1 940	2 100	2 260	2 420	2 580	2 740
A 10	1 112	1 279	1 446	1 613	1 780	1 947	2 114	2 281	2 448	2 615	2 782	2 949
A 11	1 223	1 399	1 575	1 751	1 927	2 103	2 279	2 455	2 631	2 807	2 983	3 159
A 12	1 360	1 545	1 730	1 915	2 100	2 285	2 470	2 655	2 840	3 025	3 210	3 395
A 13	1 498	1 692	1 886	2 080	2 274	2 468	2 662	2 856	3 050	3 244	3 438	3 632
A 14	1 627	1 826	2 025	2 224	2 423	2 622	2 821	3 020	3 219	3 418	3 617	3 816
A 15	1 816	2 030	2 244	2 458	2 672	2 886	3 100	3 314	3 528	3 742	3 956	4 170
A 16 bis B 2	1 957	2 186	2 415	2 644	2 873	3 102	3 331	3 560	3 789	4 018	4 247	4 476
B 3 bis B 4	1 987	2 231	2 475	2 719	2 963	3 207	3 451	3 695	3 939	4 183	4 427	4 671
B 5 bis B 7	2 207	2 476	2 745	3 014	3 283	3 552	3 821	4 090	4 359	4 628	4 897	5 166
B 8 und höher	2 414	2 722	3 030	3 338	3 646	3 954	4 262	4 570	4 878	5 186	5 494	5 802

Anlage 7

Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
855,39	920,10	984,81	1 065,41
765,97	830,68	895,39	975,99
698,32	763,03	827,74	908,34
671,26	735,97	800,68	881,28

Anlage 8 b

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	543	652	761	870	979	1 088	1 197	1 306	1 415	1 524	1 633	1 742
A 5 bis A 6	623	739	855	971	1 087	1 203	1 319	1 435	1 551	1 667	1 783	1 899
A 7 bis A 8	706	833	960	1 087	1 214	1 341	1 468	1 595	1 722	1 849	1 976	2 103
A 9	833	969	1 105	1 241	1 377	1 513	1 649	1 785	1 921	2 057	2 193	2 329
A 10	945	1 087	1 229	1 371	1 513	1 655	1 797	1 939	2 081	2 223	2 365	2 507
A 11	1 040	1 190	1 340	1 490	1 640	1 790	1 940	2 090	2 240	2 390	2 540	2 690
A 12	1 156	1 313	1 470	1 627	1 784	1 941	2 098	2 255	2 412	2 569	2 726	2 883
A 13	1 273	1 438	1 603	1 768	1 933	2 098	2 263	2 428	2 593	2 758	2 923	3 088
A 14	1 383	1 552	1 721	1 890	2 059	2 228	2 397	2 566	2 735	2 904	3 073	3 242
A 15	1 544	1 726	1 908	2 090	2 272	2 454	2 636	2 818	3 000	3 182	3 364	3 546
A 16 bis B 2	1 663	1 858	2 053	2 248	2 443	2 638	2 833	3 028	3 223	3 418	3 613	3 808
B 3 bis B 4	1 689	1 896	2 103	2 310	2 517	2 724	2 931	3 138	3 345	3 552	3 759	3 966
B 5 bis B 7	1 876	2 105	2 334	2 563	2 792	3 021	3 250	3 479	3 708	3 937	4 166	4 395
B 8 und höher	2 052	2 314	2 576	2 838	3 100	3 362	3 624	3 886	4 148	4 410	4 672	4 934

Anlage 8 c

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	447	537	627	717	807	897	987	1 077	1 167	1 257	1 347	1 437
A 5 bis A 6	513	608	703	798	893	988	1 083	1 178	1 273	1 368	1 463	1 558
A 7 bis A 8	581	685	789	893	997	1 101	1 205	1 309	1 413	1 517	1 621	1 725
A 9	686	798	910	1 022	1 134	1 246	1 358	1 470	1 582	1 694	1 806	1 918
A 10	778	895	1 012	1 129	1 246	1 363	1 480	1 597	1 714	1 831	1 948	2 065
A 11	856	979	1 102	1 225	1 348	1 471	1 594	1 717	1 840	1 963	2 086	2 209
A 12	952	1 082	1 212	1 342	1 472	1 602	1 732	1 862	1 992	2 122	2 252	2 382
A 13	1 049	1 185	1 321	1 457	1 593	1 729	1 865	2 001	2 137	2 273	2 409	2 545
A 14	1 139	1 278	1 417	1 556	1 695	1 834	1 973	2 112	2 251	2 390	2 529	2 668
A 15	1 271	1 421	1 571	1 721	1 871	2 021	2 171	2 321	2 471	2 621	2 771	2 921
A 16 bis B 2	1 370	1 530	1 690	1 850	2 010	2 170	2 330	2 490	2 650	2 810	2 970	3 130
B 3 bis B 4	1 391	1 562	1 733	1 904	2 075	2 246	2 417	2 588	2 759	2 930	3 101	3 272
B 5 bis B 7	1 545	1 733	1 921	2 109	2 297	2 485	2 673	2 861	3 049	3 237	3 425	3 613
B 8 und höher	1 690	1 906	2 122	2 338	2 554	2 270	2 986	3 202	3 418	3 634	3 850	4 066

Anlage 8 d

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	313	376	439	502	565	628	691	754	817	880	943	1 006
A 5 bis A 6	359	426	493	560	627	694	761	828	895	962	1 029	1 096
A 7 bis A 8	407	480	553	626	699	772	845	918	991	1 064	1 137	1 210
A 9	480	558	636	714	792	870	948	1 026	1 104	1 182	1 260	1 338
A 10	545	627	709	791	873	955	1 037	1 119	1 201	1 283	1 365	1 447
A 11	599	685	771	857	943	1 029	1 115	1 201	1 287	1 373	1 459	1 545
A 12	666	757	848	939	1 030	1 121	1 212	1 303	1 394	1 485	1 576	1 667
A 13	734	829	924	1 019	1 114	1 209	1 304	1 399	1 494	1 589	1 684	1 779
A 14	797	894	991	1 088	1 185	1 282	1 379	1 476	1 573	1 670	1 767	1 864
A 15	890	995	1 100	1 205	1 310	1 415	1 520	1 625	1 730	1 835	1 940	2 045
A 16 bis B 2	959	1 071	1 183	1 295	1 407	1 519	1 631	1 743	1 855	1 967	2 079	2 191
B 3 bis B 4	974	1 094	1 214	1 334	1 454	1 574	1 694	1 814	1 934	2 054	2 174	2 294
B 5 bis B 7	1 082	1 214	1 346	1 478	1 610	1 742	1 874	2 006	2 138	2 270	2 402	2 534
B 8 und höher	1 183	1 334	1 485	1 636	1 787	1 938	2 089	2 240	2 391	2 542	2 693	2 844

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	380	456	532	608	684	760	836	912	988	1 064	1 140	1 216
A 5 bis A 6	436	517	598	679	760	841	922	1 003	1 084	1 165	1 246	1 327
A 7 bis A 8	494	582	670	758	846	934	1 022	1 110	1 198	1 286	1 374	1 462
A 9	583	678	773	868	963	1 058	1 153	1 248	1 343	1 438	1 533	1 628
A 10	661	760	859	958	1 057	1 156	1 255	1 354	1 453	1 552	1 651	1 750
A 11	728	833	938	1 043	1 148	1 253	1 358	1 463	1 568	1 673	1 778	1 883
A 12	809	920	1 031	1 142	1 253	1 364	1 475	1 586	1 697	1 808	1 919	2 030
A 13	892	1 008	1 124	1 240	1 356	1 472	1 588	1 704	1 820	1 936	2 052	2 168
A 14	968	1 086	1 204	1 322	1 440	1 558	1 676	1 794	1 912	2 030	2 148	2 266
A 15	1 080	1 208	1 336	1 464	1 592	1 720	1 848	1 976	2 104	2 232	2 360	2 488
A 16 bis B 2	1 165	1 301	1 437	1 573	1 709	1 845	1 981	2 117	2 253	2 389	2 525	2 661
B 3 bis B 4	1 182	1 327	1 472	1 617	1 762	1 907	2 052	2 197	2 342	2 487	2 632	2 777
B 5 bis B 7	1 313	1 473	1 633	1 793	1 953	2 113	2 273	2 433	2 593	2 753	2 913	3 073
B 8 und höher	1 437	1 621	1 805	1 989	2 173	2 357	2 541	2 725	2 909	3 093	3 277	3 461

Auslandskinderzuschlag (§ 59)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1 bis A 16	122	140	158	176	194	212	230	248	266	284	302	320
1 bis B 11												

Der Betrag erhöht sich für das erste Kind um 50 DM,
für das zweite Kind um 70 DM,
für das dritte und jedes weitere Kind um 120 DM.

Anlage 9

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen
Republik**

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amts- bereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
	Monatsbeträge in DM	
A 1	685	615
A 2	695	615
A 3	705	625
A 4	730	635
A 5	830	715
A 6	845	730
A 7	935	810
A 8	960	820
A 9	1 085	915
A 10	1 225	1 030
A 11	1 375	1 145
A 12	1 570	1 290
A 13	1 650	1 360
A 14	1 785	1 475
A 15	2 005	1 640
A 16	2 200	1 770
B 3	2 270	1 770
B 6	2 560	1 965
B 9 und höher	2 880	2 155

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 48 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**
(Monatsbeträge)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Grundbetrag nach Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Verheiraten- zuschlag DM
A 1 bis A 4	598	672	190
A 5 bis A 8	718	818	219
A 9 bis A 11	847	964	253
A 12	1 082	1 219	278
A 13	1 121	1 261	283
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG oder R 1	1 161	1 303	287

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt durch das Dritte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Drittes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz) vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1557) erhöht worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 60 BBesG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab 1. Januar 1975 um 6 vom Hundert und eine einmalige Zahlung vor. Er erstreckt sich auf die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund und in den Ländern.

Die Erhöhung soll sich auf die Grundgehälter und die Ortszuschläge erstrecken. Dagegen sollen Zulagen grundsätzlich nicht erhöht werden. Maßgebend hierfür ist die noch nicht eingeschlossene Harmonisierung der Zulagen in Bund und Ländern, die durch eine Erhöhung der Zulagen zusätzlich erschwert würde.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74 a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften Zu Artikel I

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze der Beamten, Richter und Soldaten, die in den Besoldungsgruppen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes geregelt sind, sollen ab 1. Januar 1975 um sechs vom Hundert erhöht werden.

Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 1 des Gesetzentwurfes.

Die in der Anlage 1 ausgewiesenen Sätze der Grundgehälter für die Bundesbesoldungsordnungen A und B — ausgenommen die Besoldungsgruppen B 8 und höher (insoweit vgl. § 2 Abs. 1 Nr. 1 dieses Gesetzentwurfes) — des Bundesbesoldungsgesetzes gelten nach § 54 des Bundesbesoldungsgesetzes auch für den Bereich der Länder.

2. Zu § 2

Die volle Erstreckung der Erhöhung der Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) auf den Geltungsbereich des § 49 des Bundesbesoldungsgesetzes macht mehrere den § 1 ergänzende Vorschriften notwendig: Einige Regelungen über Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sind nach dem 1. BesVNG in Landesgesetzen bestehengeblieben. Diese werden um den glei-

chen Vomhundertsatz angehoben, wie er der Anlage 1 des Gesetzentwurfs zugrunde liegt.

Um den Vomhundertsatz des Absatzes 1 werden auch besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) erhöht, wie sie etwa für Polizeivollzugsbeamte der Länder in Fußnoten zu der Besoldungsgruppe A 5 festgelegt sind, ferner Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich (Absatz 2).

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Abrundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

3. Zu § 3

Für die hessischen Richter und — bis zur Ersetzung der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. November 1971 als Verstoß gegen Bundesrecht angesehen, aber nicht für nichtig erklärten Vorschriften — auch für die hessischen Staatsanwälte sollen die Gehaltssätze einschließlich ruhegehaltfähiger Zulagen entsprechend den Regelungen in § 2 erhöht werden.

Die ruhegehaltfähigen Zulagen müssen in diesem Sonderfalle einbezogen werden, weil sie im wesentlichen für Ämter bestimmt sind, die in anderen Ländern höheren Besoldungsgruppen zugewiesen sind (z. B. Präsident des Oberlandesgerichts und Präsident des Landgerichts).

4. Zu § 4

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 bis 3 des Gesetzentwurfes.

Der in § 4 Abs. 5 genannte Hundertsatz müßte ggf. noch im Laufe dieses Gesetzgebungsverfahrens geändert werden, wenn eine im Rahmen des § 8 mögliche Überprüfung des durchschnittlichen Hundertsatzes der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des 2. BesVNG für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz zu einem anderen Ergebnis führt. Denn der Hundertsatz nach § 4 Abs. 5 des Vierten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes sollte mit dem genannten durchschnittlichen Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge übereinstimmen.

5. Zu § 5

Die in der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen, am 31. Dezember 1974 geltenden Sätze des Ortszuschlages sollen ab 1. Januar 1975 um sechs vom Hundert erhöht werden. Die durch das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher

und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3716) bestimmten Erhöhungsbeträge des Ortszuschlages der Stufen 3 und 4 werden den erhöhten Sätzen der Stufen 3 und 4 hinzugerechnet. Die hiernach maßgebenden neuen Sätze des Ortszuschlages ergeben sich aus der Anlage 2 des Gesetzentwurfes. Nach § 54 des Bundesbesoldungsgesetzes gelten die Sätze auch für den Bereich der Länder. Die Anwendung auf Versorgerlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 ergibt sich aus § 156 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes.

6. Zu § 6

Die Auslandszulage (Anlage 3) wurde so berechnet, daß das bisherige Spannungsverhältnis zwischen den Inlandsdienstbezügen und den Auslandsdienstbezügen grundsätzlich beibehalten wurde.

7. Zu § 7

Die Vorschrift enthält die Anpassung der nichtruhegehaltfähigen Zulage für Beamte in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik, die ihren Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben (§ 30 a BBesG), entsprechend den Regelungen in den §§ 1 bis 3 des Gesetzentwurfes.

8. Zu § 8

Die Feststellung des durchschnittlichen Hundertsatzes der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des 2. BesVNG ist notwendig im Hinblick auf das in Artikel VII vorgesehene neue System der Anpassung der Versorgungsbezüge. Der für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz bisher ermittelte Hundertsatz von 5,8 v. H. kann möglicherweise im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens überprüft werden. § 8 des Gesetzentwurfes läßt daher den Hundertsatz noch offen. Zugleich wird klargestellt, daß die Erhöhung des Ortszuschlages der Stufen 3 und 4 durch das Gesetz vom 20. Dezember 1974 für die Berechnung des Anpassungszuschlages nach dem neuen System der Anpassung der Versorgungsbezüge als allgemeine Erhöhung der Dienstbezüge zu behandeln ist. Hier beträgt der bisher ermittelte Hundertsatz 0,4 v. H.

Zu Artikel II

1.

Die Empfänger von Dienstbezügen sollen eine die lineare Erhöhung der Dienstbezüge ergänzende, als soziale Komponente wirkende, für alle gleich hohe einmalige Zahlung erhalten. Eine gleichartige Zahlung erhalten die Empfänger tariflicher Bezüge, deren Laufzeit für 13 Monate vereinbart ist. Den Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen soll die einmalige Zahlung entsprechend den Grundsätzen des Versorgungsrechts anteilig gezahlt werden.

Zu § 1

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis und die Voraussetzungen, unter denen eine einmalige Zahlung gewährt wird.

Die Absätze 2 und 3 enthalten Erweiterungen der Anspruchsvoraussetzungen, um in Härtefällen die Gewährung einer einmaligen Zahlung zu ermöglichen.

Absatz 5 regelt die entsprechende Geltung der Absätze 1 bis 5 für die Empfänger von Amtsbezügen.

2. Zu § 2

Absatz 1 regelt die Höhe der einmaligen Zahlung für die Empfänger von Dienst- und Amtsbezügen.

Die Absätze 2 bis 4 betreffen die Höhe der einmaligen Zahlung für teilzeitbeschäftigte und beurlaubte Empfänger von Dienstbezügen (Absätze 2 und 4) sowie für Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind (Absatz 3).

Absatz 5 regelt die Anwendung der Vorschriften über den Kaufkraftausgleich auf die einmalige Zahlung.

Absatz 6 legt den Zeitpunkt fest, der maßgebend ist für die Beurteilung der Frage, ob ein Fall der Absätze 2 bis 5 vorliegt.

3. Zu § 3

Die Vorschrift regelt die anteilige Weitergabe der einmaligen Zahlung an Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen.

Maßgeblicher Ruhegehaltssatz im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 ist bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen der jeweils maßgebliche Mindestruhegehaltssatz.

Für den in Absatz 1 Nr. 2 genannten Personenkreis mußte eine pauschalierende Regelung vorgesehen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltssatz hier nicht in Betracht kommt.

Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 Nr. 1 für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrundeliegen.

4. Zu § 4

Die Vorschrift enthält Konkurrenzvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, daß die Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird.

Zu Artikel III

Die Vorschrift enthält die Anpassung der nichtruhegehaltfähigen Zulage für Beamte in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik, die vorübergehend und mit Zustimmung der obersten Dienst-

behörde ihren Wohnsitz nicht im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben (Artikel IV des Regelungsgesetzes vom 13. Juni 1974), entsprechend den Regelungen in Artikel I des Gesetzentwurfes.

Zu Artikel IV

Die Vorschrift enthält die entsprechenden Änderungen der Beträge und Tabellen des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (Drucksache 7/3213), das am 1. Juli 1975 in Kraft treten soll, und dessen Beträge und Tabellen noch dem Stande entsprechen, wie er durch das Dritte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz eingetreten ist.

Zu Artikel V

1. Zu § 1

Berlin-Klausel.

2. Zu § 2

Inkrafttreten.

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben *) für die öffentlichen Haushalte. Die sich aus entsprechenden Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergebenden Mehrkosten sind nicht berücksichtigt.

1. Bundeshaushalt 1975

1.1 Obergruppe 42

Artikel I, III 537,54 Millionen DM

Artikel II 37,91 Millionen DM

1.2 Obergruppe 43

Artikel I 430,50 Millionen DM

Artikel II 20,27 Millionen DM

*) Darin enthalten ist die entsprechende Erhöhung für die Empfänger von Unterhaltszuschüssen.

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1975 ff. entsprechend anzupassen.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte für 1975 (zum Teil geschätzt)

	Besoldung	Versorgung
	Millionen DM	
2.1 Deutsche Bundesbahn		
Artikel I	312,24	210,42
Artikel II	22,50	15,74
2.2 Deutsche Bundespost		
Artikel I	367,98	130,38
Artikel II	27,74	9,56
2.3 Länder und Stadtstaaten		
Artikel I	1 741,80	515,22
Artikel II	85,30	21,65
2.4 Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
Artikel I	285,72	155,88
Artikel II	14,30	6,68
2.5 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw.)		
Artikel I	37	19
Artikel II	3	1

Die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzentwurfes auf die Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau dürften nicht von Bedeutung sein.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung wird gebeten, im Laufe des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob Artikel II § 1 Abs. 3 des Gesetzentwurfs aufrechterhalten werden soll.

Es erscheint nicht sachgerecht, den zum Wehrdienst oder Zivildienst einberufenen Beamten, die die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 nicht erfüllen, die ein-

malige Zahlung von 100 DM zu gewähren. Gründe der Wehrgerechtigkeit scheiden aus, weil die Betroffenen nicht einmal Dienstbezüge erhalten. Dies gilt um so mehr, als auch den zum Wehrdienst oder Zivildienst einberufenen Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes die einmalige Zahlung von 100 DM nicht gewährt wird.

Anlage 3**Gegenäußerung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat sich in dieser Frage an dem Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des 2. BesVNG und an den Sonderzuwendungs-Tarifverträgen für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst orientiert. Die Sonderzuwendung steht nämlich — ggf. anteilig — auch dann zu, wenn der Berechtigte für den Bezugs-

monat Dezember deshalb keinen Anspruch auf Bezüge hat, weil er zur Ableistung des Wehrdienstes oder Zivildienstes einberufen ist. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die entsprechende Regelung nach Artikel II § 1 Abs. 3 des Entwurfs eines 4. BBesErhG der Forderung nach mehr Wehrgerechtigkeit entgegenkommt.